

**Ergebnisprotokoll
der 17. Sitzung der städtischen Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung,
Energie und Landwirtschaft vom 16.03.2017**

Beginn: 15:40Uhr
Ende: 17:45 Uhr

Anwesende: I Deputation

- 1. vom Senat** Herr Senator Dr. Lohse
Frau Staatsrätin Friderich
Herr Staatsrat Meyer
- 2. von der Bürgerschaft**
- SPD-Fraktion** Herr Crueger
Frau Schiemann
in Vertretung für Herrn Senkal
Frau Sprehe
Herr Pohlmann
- CDU-Fraktion** Frau Neumeyer
Herr Scharf
Herr Strohmann
- Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** Herr Saxe
Herr Bücking
- Die Linke**
- FDP-Fraktion** Herr Buchholz

II Verwaltung

Frau Prof. Dr. Reuther
Frau Rüpke
Frau Kamp
Herr Dr. Sünnemann
Herr Viering
Herr Dr. Kountchev
Herr Dr. Lampe
Herr Dr. Zöllner
Herr Imholze
Herr Czekaj
Herr Eickhoff,
Frau Kulmann
Frau Zimmermann
Herr Schleper
Herr Horstmann
Herr Donaubauer

Der Senator für Umwelt, Bau und Ver-
kehr

Amt für Straßen und Verkehr

Bauamt Bremen Nord

III Gäste

IV *Gastdeputierte*

Herr Hamann	SPD-Fraktion
Herr Saffe	Fraktion B´90/ Die Grünen
Frau Dr. Schaefer	Fraktion B´90/Die Grünen
Herr Imhoff	CDU-Fraktion
Herr Schwarz	CDU-Fraktion
Herr Schomaker	FDP-Fraktion
Herr Janßen	Fraktion DIE LINKE

Herr Pohlmann begrüßt die Mitglieder und Gäste der 17. Sitzung der städtischen Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft.

TOP 1	Genehmigung der Tagesordnung	
-------	-------------------------------------	--

Vertagt werden:

TOP 7 „Standards im Straßen- und Wegebau gehören auf den Prüfstand“,

TOP 12k) „Oslebshauer Bahnhof besser anbinden“ und

TOP 12l) „Radwegenetz instand halten und ein Fahrradmodellquartier für Bremen einrichten.“

TOP 12n) „Finanzierung der Anlage von Car-Sharing Stationen im öffentlichen Straßenraum (mobil.pünktchen)“ **wird als TOP 11a) aufgerufen**

Es gibt zwei Nachträge:

TOP 12 o) P+R Angebot der Linie 4 in Bremen-Borgfeld und Lilienthal und

TOP 12p) Sachstandsbericht zum Marktplatz Blumenthal

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft stimmt der vorgelegten Tagesordnung zu.

Einstimmig

TOP 2	Genehmigung von Protokollen (hier: Protokoll 19/15 der Sitzung am 19.01.2017) (Protokoll 19/16 der Sitzung am 23.02.2017)-> vertagt	
-------	---	--

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft stimmt dem vorgelegten Protokoll zu.

Einstimmig

TOP 3	Liste der abzuarbeitenden Aufträge aus den Sitzungen der Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft sowie der Bremischen Bürgerschaft -02-	L/S
-------	---	-----

Siehe auch Protokoll der 17. Sitzung der staatlichen Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft vom 16.03.2017.

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft stimmt der vorgelegten Liste der abzuarbeitenden Aufträge aus den Sitzungen der Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie sowie der Bremischen Bürgerschaft zu.

Einstimmig

TOP 4	Bebauungsplan 2464 für ein Gebiet in Bremen-Osterholz zwischen Ehlersdamm, Langwedeler Straße, Beim Rethpol, beiderseits Am Großen Kuhkamp (Bearbeitungsstand: 09.02.2017) - öffentliche Auslegung	Vorlage 19/239
--------------	---	-------------------

Beschluss:

1. Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft stimmt dem Entwurf des Bebauungsplanes 2464 für ein Gebiet in Bremen-Osterholz zwischen Ehlersdamm, Langwedeler Straße, Beim Rethpohl, beiderseits Am Großen Kuhkamp (Bearbeitungsstand: 13.02.2017) einschließlich Begründung zu.
2. Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft fasst den Beschluss, dass der Entwurf des Bebauungsplanes 2464 für ein Gebiet in Bremen-Osterholz zwischen Ehlersdamm, Langwedeler Straße, Beim Rethpohl, beiderseits Am Großen Kuhkamp (Bearbeitungsstand: 13.02.2017) einschließlich Begründung gemäß § 3 Abs. 2 BauGB öffentlich auszulegen ist.

Einstimmig

TOP 5	Bebauungsplan 2495 für ein Gebiet in Bremen-Mitte, Ortsteil Bahnhofsvorstadt zwischen Herdentorsteinweg, Rembertiring und Auf der Brake (Bearbeitungsstand: 27.02.2017) - Planaufstellungsbeschluss	Vorlage 19/240
--------------	--	-------------------

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft fasst den Beschluss, dass für das im Übersichtsplan bezeichnete Gebiet in Bremen-Mitte ein Bebauungsplan gemäß § 13a BauGB aufgestellt werden soll. Die Planung soll im Grundsatz die in der Deputationsvorlage enthaltenen Ziele und Zwecke verfolgen.

Einstimmig

TOP 6	Bebauungsplan 2486 für ein Gebiet zwischen Senator-Apelt-Straße, bestehender Vorfluter, Senator-Blase-Straße und Senator-Mester-Straße (Bearbeitungsstand: 14.02.2017) - Planaufstellungsbeschluss	Vorlage 19/242
--------------	---	-------------------

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft fasst den Beschluss, dass für das im Übersichtsplan bezeichnete Gebiet zwischen Senator-Apelt-Straße, bestehendem Vorfluter, Senator-Blase-Straße und Senator-Mester-Straße (Bearbeitungsstand 14.02.2017) ein Bebauungsplan aufgestellt werden soll. Die Planung soll im Grundsatz die in der Deputationsvorlage enthaltenen Ziele und Zwecke verfolgen.

Einstimmig

TOP 7	Standards im Straßen- und Wegebau gehören auf den Prüfstand“ -5-	Vorlage 19/225
-------	---	-------------------

VERTAGT

TOP 8	Erhaltung und Anpassung von Straßen einschließlich der Wege, Plätze, Radwege und der Verkehrsleitrichtungen 2017 - ASV -	Vorlage 19/235
-------	---	-------------------

Frau Sprehe stellt fest, dass in Anbetracht des Zustandes der Straßen in Bremen auch die gestiegenen Mittel nur ein Tropfen auf den heißen Stein seien. Insbesondere in Bremen Nord bestehe das Problem, dass ein Großteil der Straßen noch nicht erstmalig hergestellt sei.

Bei der Radwegesanie rung sei nicht nachvollziehbar, weshalb z.B. die Hammersbecker Straße erneuert werden solle und nicht z.B. die Lindenstraße, die eine deutlich schlechteren Radwegeverbindung aufweise. Maßgeblich bei der Erneuerung der Radwege müsse die Verkehrssicherheit sein.

Herr Pohlmann fragt, nach welchen Kriterien die Mittel für die einzelnen Unterhaltungsbezirke aufgeteilt werden.

Herr Strohm ann möchte wissen, wie die Finanzierung ab 2020 aussehen werde, wenn das Gesetz über Finanzhilfen des Bundes zur Verbesserung der Verkehrsverhältnisse der Gemeinden auslaufe.

Herr Senator Dr. Lohse erklärt, dass die Ressorts aufgefordert seien, darzustellen, welche Aufgaben, die bisher über diese sogenannten Entflechtungsmittel finanziert wurden, künftig über den Haushalt zu finanzieren sein werden.

Herr Horstmann berichtet, dass die Verteilung der Mittel auf die Unterhaltungsbezirke über die dort vorhandenen Straßenkilometer erfolge. In Bremen Nord seien viele Straßen noch nicht erstmalig erschlossen und dort würden daher auch keine großen Investitionen erfolgen. Aus den Mitteln der Straßenerhaltung werden nur die Radwege saniert, die bereits hergestellt worden seien. Umgestaltungen oder ähnliches, wie bei der Lindenstraße erforderlich, müssten über andere Mittel finanziert werden. Zur Frage, welche Radwege saniert werden, finde eine enge Abstimmung mit dem ADFC statt. Vorrangig seien dabei Radwege mit einer relativ hohen Frequentierung. Zudem werde eine annähernd gleiche Verteilung über alle Bereiche der Stadt angestrebt.

Frau Neumeyer regt an, den stattfindenden Umbruch durch einen Generationenwechsel in einigen Wohngebieten zu nutzen, um den Erstausbau verschiedener Straßen anzugehen. Der Zustand der Straßen sei sehr schlecht.

Frau Dr. Schaefer erinnert an die Aufregung um die Erschließungskosten in der Turner Straße. Die Menschen müssten dafür sensibilisiert werden, dass sie in diesen Straßen noch Erschließungskosten zu zahlen hätten.

Beschluss:

- 1) Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft (S) stimmt der Durchführung und Finanzierung der Maßnahmen und Änderung des Wirtschaftsplanes gem. § 20 Abs.6 BremSV i.V.m. § 11 Abs. 2 Nr. 8 HHG 2017 zu.
- 2) Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft (S) bittet den Senator für Umwelt, Bau und Verkehr den erforderlichen Haushaltsrechtlichen Beschluss im Haushalts- und Finanzausschuss über die Senatorin für Finanzen einzuholen.

Einstimmig

TOP 9	Mobilitätsberatung für Neubürgerinnen und Neubürger - 50 -	Vorlage 19/237
--------------	---	-------------------

Herr Saxe weist darauf hin, dass dieses Projekt nicht über Haushaltsmittel finanziert werde, sondern mit 90.000 € über den ZBN Förderfonds. Dieses Geld sei gut eingesetzt, es würden dadurch in Bremen 15 Millionen PKW-Kilometer eingespart, insgesamt führe es zu einem volkswirtschaftlichen Gesamtnutzen von etwa 2,35 Millionen €. Trotzdem sei die Anzahl der Abrufungen mit 11,4 %, noch steigerungsfähig. Er wünsche sich auch, dass es mit der Fortsetzung des Projektes nicht nur zu einer Verlagerung vom Autoverkehr auf den Radverkehr komme, sondern auch zu einer Steigerung der Nutzung des ÖPNV und des Fußverkehrs.

Beschluss:

1. Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft (S) nimmt den Bericht über die Evaluierung der Mobilitätsberatung für Neubürgerinnen und Neubürger in der Stadtgemeinde Bremen zur Kenntnis.
2. Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft (S) beschließt die Fortführung der Mobilitätsberatung für Neubürgerinnen und Neubürger in der Stadtgemeinde Bremen.

Einstimmig

TOP 10	Produktgruppencontrolling (Produktplan 68 –Umwelt, Bau, und Verkehr–) mit Stand 13. Monat 2016 - 12 -	Vorlage L/S 19/238
---------------	--	-----------------------

Siehe auch Protokoll der 17. Sitzung der staatlichen Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft vom 16.03.2017.

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft (S) nimmt den Bericht über das Produktgruppencontrolling zur Kenntnis.

TOP 11	Neufassung von Richtlinien zur Förderung von Umweltinnovationen in der EFRE- Periode 2014-2020 - 20-	Vorlage 19/244	L/S
--------	--	-------------------	-----

Siehe auch Protokoll der 17. Sitzung der staatlichen Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft vom 16.03.2017.

Beschluss:

- 1) Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft (L) stimmt der Neufassung der Richtlinie zur Förderung von Projekten der Angewandten Umweltforschung (AUF) gemäß der Anlage zu.
- 2) Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft (L) stimmt der Neufassung der Richtlinie „Programm zur Förderung anwendungsnaher Umwelttechniken (PFAU)“ gemäß der Anlage zu.

Einstimmig

TOP 11a)	Finanzierung der Anlage von Car-Sharing Stationen im öffentlichen Straßenraum (mobil.pünktchen) - 22 -	BdV schriftlich
----------	--	--------------------

Herr Strohmann begrüßt die Vorlage. Allerdings werde auch hier zur Finanzierung auf Entflechtungsmittel zurückgegriffen, die 2020 auslaufen werden. Er möchte wissen, welche Auswirkungen dies auf die Finanzierung künftig haben werde.

Herr Saxe stellt fest, dass parteiübergreifend weitestgehend Einigkeit bestehe, dass Car-Sharing sinnvoll sei. Jedes Car-Sharing Auto in Bremen ersetze zehn private Autos und entlaste dadurch den Straßenraum. Er erinnert an den Bürgerschaftsantrag, auch in den unterversorgten Gebieten an den Stadträndern ein Car-Sharing Angebot zu realisieren und fragt, ob eine Unterstützung von mobil.pünktchen oder Stationen durch die Stadt für eine Übergangsphase angedacht sei.

Frau Dr. Schaefer bittet darum, Car-Sharing-Stationen auch gut sichtbar zu bewerben. Die Station im Parkhaus an der Alten Hafenstraße in Vegesack sei von außen kaum wahrnehmbar. Mehr Werbung für diese Station würde zu mehr Nutzerinnen und Nutzern führen.

Frau Kamp weist darauf hin, dass es in dieser Vorlage nur um die Finanzierung dieser genannten acht mobil.pünktchen gehe. Es gehe hier nicht um die Gesamtsumme für die Finanzierung des Car-Sharings. Die Ausdehnung in die Peripherie könne nicht eigenwirtschaftlich dargestellt werden. Hier arbeite das Ressort an Vorschlägen, die der Deputation auch im Zusammenhang mit dem Bürgerschaftsbeschluss voraussichtlich noch im Sommer vorgelegt werden sollen. Die Werbung habe der cambio-Betreiber selbst in der Hand, die Verwaltung könne aber im Rahmen der regelmäßigen stattfindenden Gespräche darauf hinweisen.

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft (S) nimmt die Kostenermittlung zur Kenntnis und stimmt der Durchführung der Maßnahme und der Finanzierung zu.

Einstimmig

TOP 12	Berichte der Verwaltung	
TOP 12a)	Verkehrserhebungen mittels Videotechnik -5-	BdV schriftlich

Herr Buchholz regt an, solche Maßnahmen auf der Homepage zu veröffentlichen.

Das Ressort wird dies prüfen.

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft (S) nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.

TOP 12b)	Einrichtung von Kinderspielplätzen bei Bauvorhaben - 6 -	BdV schriftlich
-----------------	--	--------------------

Herr Saxe stellt positiv fest, dass die beispielbare Stadt in der Stadtplanung eine Rolle spiele und der Gedanke des pooling von Kinderspielflächen mehr verfolgt werde. Verbesserungsbedarf bestehe jedoch bei der Kontrolle des Zustands der eingerichteten Spielplätze.

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft (S) nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.

TOP 12c)	Gemeinschaftliches Wohnen in Bremen Sachstandsbericht -7-	BdV schriftlich
-----------------	---	--------------------

Herr Bücking findet, dass das Segment der Baugemeinschaften eine größere Rolle im Alltag des Baugeschehens in der Stadt spielen könnte. Deswegen schlage er ergänzend den am Vortag per mail versendeten Antrag (siehe Anlage zum Protokoll) zur Beschlussfassung vor. Der Grundgedanke darin sei, dass Baugemeinschaften ein Segment sein könnten für Leute, die in der Stadt wohnen wollen, die Geschosswohnungsbau im klassischen Sinn als Mieter oder Appartementbesitzer nicht schätzen, aber auch nicht in ein Einfamilienhaus wollen, sondern gemeinschaftlich die Verhältnisse in ihrem Haus gestalten wollen. Dann werde aufgezählt, welche Instrumente dafür sinnvoll erscheinen. Projekte von Baugemeinschaften seien sehr zeitsensibel. Deshalb sollte das Zeitfenster sauber bestimmt und geschützt werden. Baugemeinschaften seien oft überfordert bei der Organisation von Erschließungen und im Wettbewerb um den Preis strukturell benachteiligt. Sie seien angewiesen auf Festpreise nach Verkehrswert. Auf der Grundlage des Antragstextes müsse man sich zusammensetzen mit Menschen, die Erfahrungen in einer Baugemeinschaft gemacht haben und mit der Verwaltung ins Gespräch kommen, wie passende Grundstücke gefunden werden können.

Frau Neumeyer stimmt zu, dass beim Thema Baugemeinschaften etwas passieren müsse. In der letzten Bürgerschaft habe ihre Fraktion zum Thema Hulsberg eine Frage in der Fragesunde gestellt. Die Antwort, man wisse noch nicht, wie man mit dem Bettenhaus agiere, sei sehr unbefriedigend gewesen. Für so eine Genossenschaft sei das eine Katastrophe. Es werde Zeit und Geld investiert und dann lasse man sie in der Schwebe hängen. Es sei bedauerlich, dass dieser Beschlussvorschlag erst gestern Mittag den Fraktionen zugesendet wurde. Ihre Fraktion hätte sich gerne intensiv damit beschäftigt, sie habe auch rechtliche Fragen dazu. Einige Punkte seien gut, aber aufgrund der Kurzfristigkeit könne dem heute nicht zugestimmt werden.

Herr Pohlmann erklärt, dass sich die Koalitionsfraktionen sehr intensiv mit diesem Vorschlag beschäftigt hätten. Es sei eine Positionierung. Es würden Möglichkeiten aufgezeigt und die Verwaltung um eine weitere Berichterstattung gebeten.

Herr Senator Dr. Lohse betont, dass Einigkeit darüber bestehe, dass Genossenschaften insgesamt stärker gefördert werden sollen. Diese Organisationsform habe in Bremen nicht die Tradition, wie in anderen Städten. Der gesellschaftliche Nutzen von Baugemeinschaften sei unstrittig. Ebenso die Notwendigkeit von verlässlichen Zeitfenstern und Preisen.

Beim Bettenhaus seien auf Seiten der Stadtgemeinde verschiedene Akteure tätig, die GENO, die GEG, das Bauressort und die Senatorin für Finanzen. Hier könnte die Immobilienkommission ins Spiel kommen, ob diese das geeignete Format sei, müsse geprüft werden.

Herr Buchholz hält den Antrag trotz großer Sympathie für die Hulsberg- Genossenschaft und allem Verständnis für die vorliegenden Fraktionen für zu kurzfristig. Aus diesem Grunde könne er heute diesem Beschlussvorschlag nicht zustimmen. Gleichwohl sei es sinnvoll, sich damit intensiv auseinander zu setzen.

Herr Bücking findet diese Rüge berechtigt. Bei diesem Thema sei jedoch schon sehr viel Zeit verloren worden, der BdV war schon einmal verschoben worden. Die betroffenen Genossenschaften würden langsam nervös und würden sich fragen, ob sie überhaupt noch Unterstützung fänden. Deswegen diese kurzfristige Vorlage. Wenn dieser Antrag heute beschlossen werde, solle der anschließende Arbeitsprozess unter breiter Beteiligung aller Fraktionen erfolgen.

Herr Strohmann erklärt, dass das Thema Baugemeinschaften bisher in dieser Stadt immer nur ein Thema für Schaufensterreden gewesen sei. Und nachdem die CDU in der Fragestunde nachgefragt habe, werde dieser Vorschlag vorgelegt, nochmal alles zu prüfen. Er frage sich, was die Koalition dann in den letzten Jahren gemacht habe. Es könne alles abgearbeitet werden, unabhängig davon, ob darüber heute beschlossen werde oder nicht. Es sei ein Manko in dieser Stadt, dass fast nur durch Bauträger gebaut werde und viel zu wenig z.B. durch Baugemeinschaften oder Einzelpersonen. Wenn man sich darüber einig sei, dass es ein gutes Instrument für diese Stadt sei, dann sei die CDU dabei. Dafür bedürfe es dieses Antrags nicht. Deswegen schlägt er vor, die Beschlussfassung darüber auszusetzen.

Herr Pohlmann stellt den Antrag auf Aussetzung der Beschlussfassung über den Antrag der Fraktionen B´90/ Die Grünen und SPD zur Abstimmung.

Zustimmung: Fraktionen der CDU und der FDP,

Ablehnung Fraktionen der SPD und B´90/Die Grünen

Der Antrag auf Aussetzung der Beschlussfassung ist abgelehnt.

Herr Pohlmann stellt den Antrag der Fraktionen B´90/ Die Grünen und SPD laut Anlage zur Abstimmung.

Zustimmung: Fraktionen der SPD und B´90/Die Grünen

Ablehnung: Fraktion der CDU

Enthaltung: Fraktion der FDP

Der Antrag laut Anlage zum Protokoll ist beschlossen.

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft (S) nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis und bittet den Senator für Umwelt, Bau und Verkehr im 2. Halbjahr 2017 erneut Bericht zu erstatten.

TOP 12d)	Planungen zum Max-Bahr-Gelände in Obervieland - 64 -	BdV schriftlich
-----------------	---	--------------------

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft (S) nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.

TOP 12e)	Beschluss des Beirats Vegesack "Bauen, Wohnen und Gewerbe" vom 16.01.2017 - BBN -	BdV Schriftlich
----------	--	--------------------

Frau Dr. Schaefer ist es wichtig, dass es im Ausnahmefall auch eine Reduzierung der Gewerbeflächen zugunsten einer Wohnnutzung im Stadtteil geben dürfe. Nicht jedes Gewerbegebiet werde auch angenommen. Auch wenn eine Gewerbenutzung aufgegeben werde, sei es im Sinne der Innenentwicklung, dort auch die Möglichkeit einer Wohnbebauung zu haben. Stadtentwicklung bedeute, dass man immer wieder überlegen müsse, wie Flächen am sinnvollsten genutzt werden können. Eine Stadt sei nicht statisch, sondern verändere sich nach den Ansprüchen.

Frau Sprehe betont, dass es auf das einzelne Gewerbegebiet ankomme. Insbesondere in stark verdichteten Stadtteilen wie Vegesack, sei die Innenverdichtung ein wesentlicher Bestandteil, um neue Wohnungen dorthin zu bekommen. Bauwillige Investoren müssten gefördert und animierte werden, die etwas schwierige und oft teurere Innenverdichtung zu nutzen.

Herr Schwarz weist darauf hin, dass Bremen Nord bereits sehr viele Gewerbeflächen verloren habe, auch gegen das Beiratsvotum. So z. B. in Blumenthal und Rehum. Ein gewisser Anteil an Gewerbeflächen müsse für zukünftige Gewerbetreibende vorgehalten werden. Es sollten endlich auch neue Baugebiete in Bremen Nord ausgewiesen werden.

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft (S) nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.

TOP 12f)	Gemeinsamer Verkehrsraum im Zentrum Osterholz - ASV-	BdV schriftlich
----------	---	--------------------

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft (S) nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.

TOP 12g)	Kapazität der Blocklanddeponie - 23 -	BdV schriftlich
----------	--	--------------------

Frau Dr. Schaefer hält es für den richtigen Weg, die Kapazitätszeit zu strecken. Man komme aber um eine Entscheidung nicht herum. In Bremen komme nur eine Fläche in Frage, wogegen sich bereits diverse Menschen in Bremen ausgesprochen hätten. Bremen sei eine der wenigen Kommunen, die noch eine eigene Deponie betreiben. Sollte man sich dafür entscheiden, brauche es viel Zeit. Wenn sich in Bremen keine Fläche finde, müsse man Möglichkeiten in Bremerhaven oder Niedersachsen prüfen. In Niedersachsen werden die genehmigten Deponien alle beklagt. Überall, wo Deponieraum entstehen solle, führe dies zu Protest bei den umliegenden Bürgerinnen und Bürgern. Entscheide sich Bremen gegen eine eigene Deponie, dann müsse man den Gewerbetreibenden eine Antwort geben, wohin es gehen solle. Es sei daher nicht nur ein reines Umweltthema, sondern auch ein Wirtschaftsthema, das in die Wirtschaftsdeputation getragen werden müsse. Man müsse die Unternehmen mitnehmen, die Handelskammer aber auch die Beiräte.

Herr Staatsrat Meyer erklärt, dass unter abfallpolitischen Gesichtspunkten nicht unbedingt eine Deponie auf stadtkommunalem Gebiet nötig sei. Es sei eher die Frage, ob man den Menschen, die z.B. ihren Bauschutt loswerden wollen, zumuten möchte, nach Bremerhaven oder ins niedersächsische Umland zu fahren. In einem Auswahlprozess wurden viele Flächen betrachtet und es sei eine Fläche übrig geblieben, die sich theoretisch für eine Deponie eignen könne. Aber diese Frage werde mit dieser Vorlage nicht beantwortet, sondern mit einer Verlängerungsoption verschaffe man sich etwas Zeit für die Diskussion in der Stadtgesellschaft.

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft (S) nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.

TOP 12h)	Baumschutz bei Baumaßnahmen im öffentlichen Raum - 30 -	BdV schriftlich
-----------------	---	--------------------

Herr Saxe stellt fest, dass Bremen durchaus Millionenwerte an Baumbestand verliere, weil unsachgemäß auf Baustellen gegraben werde. Dem Bericht nach gebe es Fortschritte, aber es gehe längst noch nicht weit genug. Wenn bei Stichproben festgestellt wurde, dass bei 60% der Baumaßnahmen im öffentlichen Raum Verstöße oder sogar grobe Verstöße gegen den Baumschutz stattfinden, dann müsste jede Baustelle begutachtet werden. Es sei absolut unbefriedigend, dass weiterhin nur Stichproben gemacht werden. Hier seien die Abgeordneten als Haushaltsgesetzgeber gefordert, wie man zwei zusätzliche Mitarbeiter*innen für die Kontrollen bekommen könne. Er wünsche, dass bei öffentlichen und privaten Bauvorhaben mit relevanten Baumschutzaspekten Baumgutachter sowohl vorher, als auch kontinuierlich während der gesamten Baumaßnahme herangezogen werden. Insgesamt könne dies wieder nur ein Zwischenbericht sein.

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft (S) nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.

TOP 12i)	Bericht über die Annahme und Verwendung von Beiträgen aus Sponsoring, Werbung, Spenden und mäzenatische Schenkungen zur Finanzierung öffentlicher Aufgaben der Freien Hansestadt Bremen (Land und Stadtgemeinde Bremen) im Jahr 2016	BdV schriftlich
-----------------	---	--------------------

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft (S) nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.

TOP 12j)	Fußgängerzone Knochenhauerstraße - 51 -	BdV schriftlich
-----------------	---	--------------------

Herr Buchholz bezweifelt, dass am Sonnabend eine Anlieferung mit einem Sattelschlepper erforderlich sei. Dies könne sicher anders geregelt werden.

Herr Strohmann erklärt, dass dies zwar ein Schritt in die richtige Richtung sei, aber der Innenstadt nicht helfen werde. Das Parkhaus Mitte müsse weg.

Herr Saxe ist ebenfalls der Meinung, dass sich die Parkhäuser in der Bremer Innenstadt an der verkehrten Stelle befinden, insbesondere das Parkhaus Mitte. Die vorgesehene Maßnahme sei nur eine sehr kleine Sache.

Frau Sprehe fasst zusammen, dass aufgrund der Gegebenheiten eben nur eine kleine Lösung für eine Fußgängerzone möglich sei. Das sei zumindest eine positive Entwicklung. Sie bezweifelt, dass dort mehr entstehen könne.

Beschluss:

1. Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft (S) nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.

2. Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft (S) bittet die Verwaltung, den Evaluationsbericht über die einjährige Erprobungsphase in der Deputation vorzustellen.

Einstimmig

TOP 12k)	Oslebshauer Bahnhof besser anbinden - 51 -	BdV schriftlich
----------	---	--------------------

VERTAGT

TOP 12l)	Radwegenetz instand halten und ein Fahrradmodellquartier für Bremen einrichten - 5 -	BdV schriftlich
----------	---	--------------------

VERTAGT

TOP 12m)	Wichtige Baustellen im Straßennetz in Bremen und umzu für das Jahr 2017 - 51 -	BdV schriftlich
----------	---	--------------------

Frau Sprehe bittet um Erklärung des Begriffes Bankettschälarbeiten und um eine Erläuterung, weshalb sich die Reinigungsarbeiten an der Anschlussstelle Rönnebeck über zehn Monate hinziehen sollen.

Herr Pohlmann weist darauf hin, dass es zum Rückbau des Osterfeuerberger Rings eine Beschlussfassung in der Stadtbürgerschaft gebe. Es könne nicht sein, dass nun hanseWasser dort eine Druckleitung verlege, wieder zumache und später alles erneut aufgerissen werde. Es sei eher zu befürchten, dass dadurch eine Umsetzung des Beschlusses schwierig werde.

Deshalb stellt er den Antrag, den Beschluss wie folgt zu ergänzen:

„Die Deputation bittet den Senator für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft eine Finanzierungsvorlage zum Umbau des Osterfeuerberger Rings zu erstellen und zur Beschlussfassung in der Deputation zeitnah vorzulegen. Ziel ist es direkt nach Abschluss der Kanalbauarbeiten von hanseWasser mit dem Umbau des Straßenraums zu beginnen.“

Herr Senator Dr. Lohse betont, dass einhergehend mit der Maßnahme der hanseWasser dann auch die Neugestaltung der Oberfläche des Osterfeuerberger Rings erfolgen solle. Es sollen Gespräche hanseWasser aufgenommen werden, wann diese Maßnahme erfolgen müsse. Möglicherweise verschiebe sich diese noch um ein Jahr.

Herr Zöllner erläutert, dass unter Bankett der unbefestigte Bereich neben der asphaltierten Straße zu verstehen sei. Wenn dieser Bereich zugewachsen oder kaputt gefahren sei, dann müsse er gefräst –geschält- und wieder hergestellt werden.

Die Leitungsträger würden bei der Abfrage erstmal einen ungefähren Zeitraum angeben, wann die Maßnahmen stattfinden sollten. Dementsprechend wurde hier ein sehr langer Zeitraum für die Reinigungsarbeiten auf der Autobahn angegeben. Wenn diese Maßnahme tatsächlich zur Genehmigung anstehe, werde sich dieser Zeitraum deutlich einschränken lassen.

Herr Pohlmann lässt über den o. a. Antrag auf Ergänzung des Beschlussvorschlags abstimmen.

Der Antrag wird einstimmig angenommen.

Beschluss:

1. Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft (S) nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.

2. Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft bittet den Senator für Umwelt, Bau und Verkehr, eine Finanzierungsvorlage zum Umbau des Osterfeuerberger Rings zu erstellen und zur Beschlussfassung in der Deputation zeitnah vorzulegen. Ziel ist es direkt nach Abschluss der Kanalbauarbeiten von hanseWasser mit dem Umbau des Straßenraums zu beginnen.

Einstimmig

TOP 12o)	P+R Angebot der Linie 4 in Bremen-Borgfeld und Lilienthal - 50-	BdV schriftlich
----------	---	--------------------

Herr Imhoff verweist auf die Haltung des Beirats Borgfeld, wonach die Parkplätze immer sehr voll seien und auf den Beiratsbeschluss, weitere Parkplätze auszuweisen. Er bittet darum, über die Antwort an den Beirat informiert zu werden.

Herr Saffe möchte wissen, ob die Fahrgastzahlen auf der Strecke Borgfeld-Lilienthal inzwischen angestiegen seien.

Herr Senator Dr. Lohse verweist darauf, dass in der zweiten Jahreshälfte die aktuellen Fahrgastzahlen in der Deputation vorgelegt werden sollen.

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft (S) nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.

TOP 12p)	Marktplatz Blumenthal - 7-	BdV schriftlich
----------	--------------------------------------	--------------------

Frau Sprehe ist etwas enttäuscht über den Bericht. Es gehe um einen Beiratsbeschluss vom Oktober 2012, dazu seien Mittel in den Haushalten 2016 und 2017 eingebracht worden. Nun erst sollen als erster Schritt Gespräche zwischen Ressortvertretern und Ingenieurbüro stattfinden.

Herr Schwarz bekräftigt, dass bereits eine sehr lange Zeit ohne konkretes Ergebnis verstrichen sei. Er möchte wissen, wann mit dem Baubeginn zu rechnen sei.

Herr Imholze weist darauf hin, dass die Mittel erst seit dem 1. Januar zur Verfügung stünden. Nun müsse ausgeschrieben werden, es müssten Fristen und Beteiligungsverfahren beachtet werden. Eine Konzeptplanung habe man bereits, es könne auf das vorliegende Verkehrsgutachten zurückgegriffen werden. Es wurden für den Marktplatz Varianten geprüft und man habe sich mit dem Beirat auf eine Variante verständigt. Es gebe keinen Zeitverlust, weil das bisher beteiligte Büro weiter beauftragt werden solle. Um eine Wirtschaftlichkeit darzustellen, sei aber die Beteiligung der Privaten und vor allem der Einzelhändler vor Ort nötig.

Beschluss:

...
Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft (S) nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.

TOP 13	Verschiedenes	
--------	----------------------	--

Herr Imhoff fragt nach der Möglichkeit einer Deputationsreise.

Herr Pohlmann sagt zu, bei den Fraktionen Vorschläge abzufragen und der Deputation einen Vorschlag für eine Reise zu unterbreiten.

Herr Pohlmann berichtet, dass die gemeinsame Sitzung mit der Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen am 7.6.2017 um 16:00 zu den Themen Innenstadtkonzept und Überseestadt stattfinden werde.

Berichtswünsche zu einer der nächsten Sitzungen:

Bürgerantrag Billigfleisch: Zwischenbericht	Schriftlicher Berichtswunsch von Herrn Saffe	Geplant am 27.04.2017
Sanierung des Radwegs zwischen der Georg-Gleistein-Straße und der Aumunder Feldstraße	Schriftlicher Berichtswunsch von Herrn Scharf	Geplant am 27.04.2017
Ampelschaltung der Fuß- und Fahrradampel Ecke Osterstraße/Wilhelm-Kaisen-Brücke	Schriftlicher Berichtswunsch von Frau Neumeyer	Geplant am 08.06.2017

Herr Pohlmann schließt die 17. Sitzung der städtischen Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft und dankt den Anwesenden für ihre Teilnahme.

Vorsitzender

Protokoll

15. März 2017

Beschluss der Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und
Landwirtschaft zum Sachstandsbericht der Verwaltung:

Gemeinschaftliches Bauen in Bremen
(Top 12 C der Sitzung der Städtischen Deputation am 16. März 2017)

Der Verwaltungsbericht für die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft am 23. Februar 2017 belegt, dass die Zahl der Baugemeinschaften in Bremen mit 10 Einheiten im Jahr bei 2000 Bauanträgen p.a. im konventionellen Segment verhältnismäßig gering ist. Einerseits treibt die Baukonjunktur diesen Bereich nicht voran, andererseits bestehen möglicherweise Defizite auf Seiten der Verwaltung und der politisch verantworteten Regeln. In den Städten, in denen Baugemeinschaften eine größere Rolle spielen, hat sich gezeigt, dass es einer kritischen Masse bedarf, um in einem Gemeinwesen Baugemeinschaften zu etablieren. Erst wenn eine Mindestzahl von Projekten pro Jahr erreicht ist, lohnt es sich für Planer, Notare und Kreditinstitute, sich mit diesem spezifischen Segment intensiver zu beschäftigen.

Mit dem Thema Baugemeinschaften verknüpfen sich vier Erwartungen:

1. Sie können ein Instrument sein, um Wohneigentum zu schaffen, das günstiger ist als vergleichbare Produkte, die durch Bauträger und Investoren erstellt werden (u.a. fällt die Grunderwerbsteuer nur einmal an).
2. Sie können einen Beitrag zur sozialen und ökonomischen Stabilität der neuen Quartiere liefern.
3. Sie sind geeignet, ein Segment zwischen dem konventionellen Geschosswohnungsbau und den klassischen Ein- und zwei Familienhäusern hervorzuheben, dass die dringend gewünschte Dichte erreicht und trotzdem von ihren zukünftigen Bewohnerinnen und Bewohnern geprägt wird.
4. Sie können ein zusätzliches Motiv liefern, sich in Bremen, statt im Umland anzusiedeln.

Bremen sollte daher Strukturen schaffen, die es den Baugemeinschaften erleichtern, ihre Projekte durchzuführen.

Dazu gehören folgende Punkte:

1. Baugemeinschaften sind zeitsensibel. Anders als Bauträger können sie nicht aus dem Stand Grundstücke erwerben, noch können sie Verzögerungen mit dem „Vorziehen anderer Projekte“ kompensieren. Sie brauchen ein klar definiertes Zeitfenster, in dem sie ihr Projekt präzisieren und den Grundstückskauf abwickeln können. Deshalb ist es sinnvoll, durch ein kluges Management die Herstellung von Planreife und das Bereitstellen der Grundstücke für Baugemeinschaften ab dem Moment parallel zu betreiben, in dem dies zu verantworten ist
2. Anders als Bauträger können Baugemeinschaften Erschließungen nicht vorfinanzieren, planen und beauftragen. Deshalb muss die öffentliche Hand die für

Baugemeinschaften vorgesehenen Grundstücke erschlossen veräußern. Das Dazwischenschalten von Investoren hat sich nicht bewährt.

3. Grundstücke für Baugemeinschaften müssen zum Festpreis in der Höhe des Verkehrswerts angeboten werden. Ein Preiswettbewerb ist von Baugemeinschaften nicht zu leisten. Die Baudeputation erwartet vom Bauressort eine entsprechende Initiative gegenüber dem Finanzressort und bittet zeitnah um einen Bericht.
4. Die nach dem augenblicklichen Regelwerk vorgesehene Verrechnung von Sozialquote und Baugemeinschaften soll aufgegeben werden, da sie fachlich nicht begründet und in der Wirkung hinderlich ist.
5. Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft bittet den Senator für Umwelt, Bau und Verkehr, wo immer neues Planrecht geschaffen wird oder Wohnbauland von der Stadt veräußert wird zu prüfen, ob die Standorte für Baugemeinschaften geeignet sind und darüber regelmäßig an die Deputation zu berichten. Außerdem bittet die Deputation den Senator für Umwelt, Bau und Verkehr um einen jährlichen Bericht über die Entwicklung dieses Elements der Wohnungsbaupolitik.
6. Eine besondere Komplikation bei der Vergabe von Bauland an Baugemeinschaften ist die Aufteilung des städtischen Grundbesitzes in Sondervermögen mit ihren jeweiligen Bindungen. Die Deputation bittet deshalb das Ressort entweder die ressortübergreifende Immobilien-Kommission wieder aufleben zu lassen oder eine andere geeignete Struktur zu schaffen, die dazu beiträgt dieses Problem zu lösen. Die Deputation erwartet dazu einen Bericht bis zu den Sommerferien.

Robert Bücking MdBB
Jürgen Pohlmann, MdBB